

NACHRICHTEN

Totalschaden nach Unfall

**DIERIKON** red. Auf der Industriestrasse in Dierikon ist es am Montagabend zu einem Verkehrsunfall gekommen. Ein Lastwagen war auf der Kantonsstrasse in Richtung Root unterwegs, als er bei der Kreuzung Schönenboden abbog. Dabei übersah der Lenker ein entgegenkommendes Auto. Die Fahrzeuge prallten zusammen, wobei beide Lenker verletzt wurden. Sie wurden ins Spital gebracht. Das Auto erlitt Totalschaden.

Planetentweg: Fragen zu Rodung

**EMMEN** red. Um die Dammanlage entlang der Reuss zu erhöhen und so den Hochwasserschutz zu verbessern, wird laut FDP Emmen der gesamte Waldstreifen des heutigen Planetentwegs zwischen der Einmündung der Reuss und dem Schiltwald abgeholzt werden müssen. Die FDP will nun in einem Vorstoss vom Gemeinderat wissen, wie er zu den geplanten Massnahmen stehe, wie viel sie kosteten und wie er das Gefahrenpotenzial einschätze.

Quartierverein ist gerettet

**KRIENS** ber. Daran glaubte zuletzt kaum noch jemand. Und doch hat der Quartierverein Schattenberg-Himmelrich Kriens seit letztem Freitag einen neuen Präsidenten. Nachdem sich in den letzten zwei Jahren kein Nachfolger für den amtierenden Präsidenten **Beat Stöckli** finden liess, konnte nun **Leo Sigg** als neuer Präsident und **Patrick Cavigelli** als neuer Beisitzer gewählt werden.

Noch Anfang Monat sah die Lage düster aus. Der Quartierverein suchte verzweifelt nach neuen Vorstandsmitgliedern. Wer die Website des Vereins besuchte, stiess auf ein Bild der sinkenden «Titanic» – eingebettet in die dramatischen Worten «Wer rettet unseren Verein mit knapp 300 Mitgliedern vor dem Untergang?» (Ausgabe vom 7. Januar). «Der daraufhin veröffentlichte Artikel in der NLZ löste einen regelrechten Sogeffekt aus», freut sich der inzwischen abgelöste Präsident Beat Stöckli. Man habe gar eine Warteliste für Vorstandsmitglieder einführen können.

SP nominiert Urs Thumm



**ROTHENBURG** ost. Die SP Rothenburg hat an ihrer gestrigen Versammlung **Urs Thumm** (Bild) als Gemeinderatskandidaten nominiert. Der 58-Jährige soll die Nachfolge von

Gemeinderätin **Prisca Birrer-Heimo** (54) antreten, die per Ende Mai demissioniert. Der Elektrotechnik-Ingenieur und Umweltmanager wohnt seit 2005 in Rothenburg und hat viel Polit-Erfahrung. Während gut zehn Jahren sass Thumm für die SP im Emmer Einwohnerrat, und anschliessend ab 1998 bis 2008 war er Grossrat respektive Kantonsrat. Zudem engagierte sich Thumm 2009 bis 2013 im Vorstand der SP Rothenburg.

Im Finanzbereich – die abtretende Gemeinderätin **Birrer-Heimo** steht dem Ressort Finanzen vor – weist Thumm ebenfalls Erfahrung vor: Seit 2011 führt er den Bereich Controlling als Vorstandsmitglied der reformierten Kirchgemeinde Luzern.

**Birrer-Heimo** tritt zurück, um sich vermehrt auf ihr Nationalratsmandat und das Präsidium der Stiftung für Konsumentenschutz zu konzentrieren. Die Ersatzwahl findet am 18. Mai statt.

Startschuss für neuen Stadtteil

**LUZERN SÜD** Bis zu 15 000 Wohn- und Arbeitsplätze entstehen rund um die Allmend. Jetzt startet das erste Grossprojekt. Bezüglich Verkehr stellt die Stadt Forderungen.

LUCA WOLF  
luca.wolf@luzernerzeitung.ch

Jahrelang wurde geplant, projiziert, debattiert. Nur nicht gebaut. Doch jetzt gehts definitiv los mit den ersten Grossprojekten in Luzern Süd. Dort, in der Ebene zwischen der Brauerei Eichhof in Luzern, dem Krienser Mattenhof und der Horwer Seebucht, soll ein neuer Stadtteil entstehen. Innert 20 Jahren könnten etwa 15 000 Wohn- und Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit dieses Wachstum koordiniert erfolgt, haben sich Luzern, Kriens und Horw unter der Federführung vom Gemeindeverband Luzern Plus zusammengeschlossen. So soll Wildwuchs bei den Bauten verhindert, der zusätzliche Verkehr gesteuert und Grünflächen erhalten werden. In diesen Tagen haben die drei Kommunen das «Entwicklungskonzept Luzern Süd» vorgestellt. Dieses dient als Grundlage für künftige Bebauungen und die Gestaltung der öffentlichen Räume.

Am meisten entsteht in Kriens

Die mit Abstand grösste Entwicklung findet auf Krienser Boden statt. Als «Spatenstich zu Luzern Süd» bezeichnet der Krienser Gemeindeammann **Matthias Senn** den Baustart des Projekts **Schweighofpark** diesen Frühling. Dort entsteht auf dem Gelände der alten Schwitter-Gärtnerei für 500 Millionen Franken ein komplett neues Quartier. Bis zu 2000 Personen sollen hier dereinst wohnen und arbeiten. Zudem sind die Bebauungspläne **Eichhof West** und **Nidfild** mit Hunderten von Wohnungen und Arbeitsplätzen in Bearbeitung. Baustart soll laut Senn 2015 sein. «Planungen in Form von Machbarkeitsstudien und der Vorbereitung von Studienaufträgen laufen für vier weitere Krienser Areale im Bereich **Grosshof**, **Arsenalstrasse** und **Kreisel Mattenhof**.» Zudem würden noch dieses Jahr Vertiefungsstudien für weitere Teilgebiete erarbeitet.

1700 Arbeitsplätze in Horw

In Horw findet die grösste Entwicklung rund um den Bahnhof statt. Das 600-Millionen-Franken-Projekt **Horw Mitte** sieht ein neues Quartier mit rund 520 Wohnungen und 1700 Arbeitsplätzen vor. Baustart auf dem ersten Baufeld könnte noch dieses Jahr sein.

Die Stadt Luzern hat flächenmässig am wenigsten zu Luzern Süd beizusteuern. **Thomas Glatthard**, Gebietsmanager für Luzern Süd, weiss: «Auch auf Stadtboden bestehen konkrete Bauabsichten im Gebiet **Eichhof**, zwischen **Obergrund-** und **Arsenalstrasse**.» Ein Teil dieses Areals liegt auf Krienser Boden. Die Eigentümer erstellen laut

**Glatthard** mit Luzern Süd bereits eine Machbarkeitsstudie. Weitere Eigentümer entlang der **Arsenalstrasse** werden folgen.

Kein Ausbau der Strassen

Dass die Stadt flächenmässig bei Luzern Süd nur Juniorpartner ist, hindert sie nicht an klaren Forderungen. Besonders betreffend Verkehr, wie einer Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss zu entnehmen ist. Demnach werde im Raum Luzern Süd kein Ausbau der Strassen für den Autoverkehr akzeptiert; die Nutzungen müssten an die Kapazität des Strassenetzes angepasst werden; es brauche zwingend mehr Angaben zu den Verkehrsmengen; das Ausmass der Abstell- und Verkehrsflächen müsse herabgesetzt werden.

Wie gewohnt beruft sich die Stadt dabei auf das Mobilitätsreglement. Dieses verlangt eine Plafonierung des Autoverkehrs und einen Ausbau des ÖV. Allerdings gilt dies für die Stadt. «Natürlich können wir anderen keine Vorschriften machen», sagt **Ruedi Frischknecht**, Leiter Stadtentwicklung. Aber da niemand Interesse an Stau habe, herrsche Konsens darüber, dass der Mehrverkehr mit dem ÖV bewältigt werden müsse. «Luzern Süd soll sehr gut mit dem ÖV, dem Fuss- und Veloverkehr erschlossen werden. Dazu ist etwa eine S-Bahn-Haltestelle Horw Süd geplant.» **Glatthard** bestätigt **Frisch-**

**knechts** Aussagen: «Die Forderungen der Stadt sind uns bekannt, wir haben das diskutiert und im Studienauftrag und im Entwicklungskonzept so festgehalten.» Dass es in Luzern Süd trotzdem zu Mehrverkehr komme, sei unbestritten.

1,67 Millionen für Projektierung

Laut **Glatthard** soll darauf geachtet werden, dass der Verkehr die Kapazitätsgrenzen nicht überschreitet. Dafür sorgen soll etwa ein ausgebauter Busnetz mit längeren Bussen und kürzeren Intervallen. «In einem nächsten Schritt wollen wir nun die genauen Verkehrszahlen nachweisen. Die entsprechenden

Kredite müssen durch die Gemeinden ausgelöst werden.» Konkret rechnet der Stadtrat bis 2017 mit weiteren 120 000 Franken Planungskosten für Verkehr, Städtebau und als Reserve. In Kriens muss das Parlament dafür rund 1,67 Millionen Franken bewilligen. Für Horw liegen die Zahlen noch nicht vor.

Das weitere Vorgehen für Luzern Süd wird bald in allen drei Gemeindeparlamenten debattiert. Bezüglich Verkehr soll bis Ende Jahr auch das bestehende Verkehrskonzept für die Kantonsstrassen und Gemeindefrassen verfeinert werden. Hier fehlt es laut **Senn** noch an der Abstimmung mit den Gemeindefrassen.



Quelle: PD / Grafik: jn/ljs Vierwaldstättersee

Ist Arbeitspflicht für Sozialhilfebezüger legal?

**EMMEN** Erst die Arbeit, dann die Sozialhilfe: Die FDP will das Sozialwesen reformieren. Das geforderte Winterthurer Modell ist jedoch umstritten.

Wer Sozialhilfe beziehen will, soll zuerst einen Monat lang im Wald Abfall sammeln und aufräumen. Verweigert ein Gesuchsteller den Arbeitseinsatz, wird keine Sozialhilfe geleistet. Arbeitswillige Gesuchsteller hingegen verdienen 4500 Franken und vergrössern ihre Chancen auf eine Stelle im Arbeitsmarkt. Dieses Modell heisst **Passage** und läuft seit 13 Jahren erfolgreich in Winterthur.

Sozialarbeiter gegen Massnahme

Die FDP Emmen will das Modell in Emmen übernehmen – und fordert in einem Postulat die Einführung eines obligatorischen Einsatzmonates für potenzielle Sozialhilfebezüger (Ausgabe

vom 3. Dezember 2013). Das Postulat ist noch nicht behandelt worden. Doch ist diese Art von «Zwangsarbeit» überhaupt rechens? **Avenir Social**, der Berufsverband der Schweizer Sozialarbeiter, hält in einem Grundlagenpapier fest: «Integrationsmassnahmen, die mit der Androhung von Sozialhilfekürzungen oder -einstellungen verbunden sind sowie eine Voraussetzung für den Bezug von Sozialhilfeleistungen darstellen, sind grundsätzlich abzulehnen.»

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) geht in ihren Richtlinien nicht ganz so weit. Die Sozialhilfe kann nur dann ganz oder teilweise nicht ausbezahlt werden, «wenn die unterstützte Person sich in Kenntnis der Konsequenzen ausdrücklich weigert, eine ihr mögliche, zumutbare und konkret zur Verfügung stehende Arbeit anzunehmen», heisst es dort.

Hilfe zur Selbsthilfe

Was gilt denn jetzt? **Gabriela Riemer-Kafka**, Professorin für Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht an der Uni-

versität Luzern, sagt dazu: «Programme wie die **Passage Winterthur** sind grundsätzlich rechtlich zulässig.» Bei der Sozialhilfe hätten die Behörden nämlich nicht nur die Aufgabe, mit Geld oder Wohnungen auszuweichen, sondern auch

«Der Lohn muss die Existenz während der Einsatzzeit sichern.»

GABRIELA RIEMER-KAFKA,  
PROFESSORIN ARBEITSRECHT

Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten; etwa mit Wiedereingliederungsprogrammen oder Coachings. «Die **Passage** ist eine Massnahme für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt – sie kann also Hilfe zur Selbsthilfe bieten.»

Allerdings müssten einige Bedingungen erfüllt sein. So könne das Arbeitsprogramm nur verordnet werden, wenn es für den Gesuchsteller zumutbar ist.

Unzumutbar ist die Arbeit laut **Riemer-Kafka** etwa, wenn es die Gesundheit nicht zulässt. «Gesunde Gesuchsteller, die sich wegen ihrer Ausbildung oder bisheriger Arbeit für das Abfallsammeln zu schade sind, können sich nicht wegen Unzumutbarkeit der Arbeit vor dem Programm drücken.» Das habe kürzlich ein Bundesgerichtsurteil gezeigt.

Gratisarbeit nicht erlaubt

Eine weitere Bedingung ist laut **Riemer-Kafka**, dass der Arbeitseinsatz entlohnt werden muss. Der Lohn solle die Höhe eines Taschengelds überschreiten: «Er muss die Existenz während der Einsatzzeit sichern.» Dritte Bedingung ist das Einhalten der Formalitäten. «Dazu gehört eine eingehende Information über das Programm und, wenn sich der Gesuchsteller weigern sollte, in Verfügungsform eine Mahnung mit Fristansetzung und Androhung der Leistungskürzung», so **Riemer-Kafka**.